

Kolumbien

Länderbericht

Das Jahr 2017 wurde sowohl von der Umsetzung der Friedensverträge zwischen der kolumbianischen Regierung und den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens) geprägt als auch vom Beginn des Wahlkampfes um die Präsidentschaft und um den Senat. All dies führte zu einer Spaltung des kolumbianischen Volkes und brachte gesellschaftliche Auswirkungen mit sich, die vor allem für die gefährdetsten Personengruppen negative Folgen haben.

Wirtschaft: uneinheitliche Ergebnisse

Kolumbien beendete das Jahr mit einer geschwächten Inlandsnachfrage, einer Arbeitslosenquote von mittlerweile 9,4% und einem rückläufigen Wirtschaftswachstum von höchstens 1,8%. Einer der am stärksten wachsenden Sektoren war die Landwirtschaft. Die Bergbauindustrie schränkte ihre Produktion zwar ein, die auf internationaler Ebene erhöhten Preise führten jedoch trotzdem zu einer Wertsteigerung der Exporte. Die Inflationsrate ist von 5,5% im Januar auf 4,1% zum Jahresende gesunken. Einerseits gab es einen größeren Kapitalabfluss, andererseits kam durch erhöhte Geldsendungen aus dem Ausland Geld ins Land. Während es zwar allgemeine Gehaltserhöhungen zwischen 4 und 7% gab, bekam die kolumbianische Bevölkerung aber auch die Auswirkungen der von 16 auf 19% erhöhten Mehrwertsteuer zu spüren. [\(1,2,3\)](#)

Wille zur Veränderung vs. politische Interessen - das Friedensabkommen

Laut einem Bericht des KROC Institute for International Peace Studies vom 31. August 2017 [\(4\)](#) sind die Fortschritte bei der Umsetzung des Friedensabkommens bisher nicht die erwünschten. Erstens fanden bis zu diesem Datum nur bei 45% der Maßnahmen, die das Friedensabkommen umfasst, Aktivitäten irgendeiner Art statt. Und mit dem juristischen Mechanismus Fast Track wurden nur 11 von 25 Gesetzesvorschlägen erfolgreich bearbeitet. [\(5,6\)](#) Zweitens wurden manche Punkte des Abkommens im Kongress abgeändert, wie etwa die Veränderungen an dem übergeordneten Gesetz und der Sonderjustiz für den Frieden (Justicia Especial para la Paz, JEP) [\(7\)](#). Die Vereinbarungen aus dem ersten Punkt des Friedensabkommens, in dem es um die strukturellen Ursachen des Konfliktes geht, wurden auch geändert. Laut OXFAM International und anderer Organisationen begünstigt zum Beispiel das Gesetz Zonas de Interés de Desarrollo Rural Económico y Social (ZIDRES, Sonderzonen für die soziale und wirtschaftliche ländliche Entwicklung) [\(8\)](#) die traditionelle Agrarindustrie und schränkt die Beteiligung von Kleinbauern ein. Drittens kam die Genehmigung der versprochenen 16 Sitze im Abgeordnetenhaus für Opfer des bewaffneten Konflikts im Kongress nicht durch. Die Entscheidung muss allerdings noch vom Verfassungsgericht überprüft werden. Viertens stellen die kontinuierlichen Morde an ehemaligen Kämpfer*innen einen Verlust an Zeugen für die juristische Aufarbeitung dar. Zu guter Letzt lohnt es sich daran zu erinnern, dass das Abkommen nicht mit demokratischen Mitteln geschlossen wurde. Das spaltete nicht nur die Bevölkerung und spielte den Gegnern des Friedensprozesses in die Hände, sondern gefährdet auch das Fortbestehen des Vereinbarten und die Kontinuität von anderen Prozessen, wie zum Beispiel Volksabstimmungen. [\(9,10,11\)](#)

Verlängerung des Zivilkonflikts

Als Folge der Demobilisierung der FARC erlebten viele Regionen einen Anstieg der Gewalttaten aufgrund des Streits um Land und der wieder erstarkenden Macht, die bewaffnete illegale Organisationen ausüben. Laut einem Bericht des kolumbianischen Verfassungsorgans für Menschenrechte Defensoría del Pueblo vom 30. März 2017 sind diejenigen am stärksten betroffen, die „sich an die Spitze des Kampfes für die Verteidigung von Territorien und natürlichen Ressourcen stellen, die sich für die Rechte der Opfer, für die Landrückgabe und für die Stärkung der Gemeinschaftsagenden einsetzen, sowie dafür, dass die Umsetzung des Friedensabkommens auf territorialer Ebene geschieht“. [\(12\)](#) Diese Menschen gehören zu sozialen, politischen oder Gewerkschaftsorganisationen oder -bewegungen. Die Defensoría del Pueblo meldete bis Juli 2017 500 bedrohte Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und 52 Mordopfer. Die Generalstaatsanwaltschaft Kolumbiens meldete 101 Fälle von 2017 bis 2018, das Institut für Studien zur Entwicklung des Friedens (Indepaz, Instituto de Estudios para el Desarrollo y la Paz) meldete hingegen allein im Jahr 2017 170 Fälle und allein im Januar 2018 21 Fälle. [\(13,14,15,16\)](#) Die Angaben von Indepaz bedeuten einen deutlichen Anstieg im Gegensatz zu den 134 von der Defensoría del

Pueblo im Jahr 2016 gemeldeten Morden. Dieser Anstieg an Gewalttaten stellt eine Verlängerung des Zivilkonflikts dar, in dem weiterhin die gleichen bewaffneten Akteure agieren. Auch Streitkräfte und Polizei sind weiterhin in Massaker und Angriffe auf die Zivilbevölkerung verwickelt. Ein Paradebeispiel ist das Massaker, das am 5. Oktober 2017 in einem Gebiet der Gemeinde Tumaco stattfand. Bei dem Massaker sind sieben Bauern ums Leben gekommen und 20 Menschen verletzt worden, wofür letztlich zwei Offiziere angeklagt wurden. Laut Zeugenberichten sind die Bauern von Dissidenten der FARC und einem Drogenhändler gedrängt worden, sich der Kokavernichtung entgegenzustellen und an Protesten gegen die Beseitigung der Kokapflanzen teilzunehmen.[\(17,18\)](#)

Die illegalen bewaffneten Gruppen, die im letzten Jahr in Kolumbien am häufigsten agierten, waren die sogenannte Nationale Befreiungsarmee (Ejército de Liberación Nacional, ELN, eine Guerilla-Gruppe), die paramilitärische Gruppe Clan del Golfo, die sich auch Autodefensas Gaitanistas de Colombia (AGC) nennen lässt, und im städtischen Raum die Oficina de Envigado, ein Verband von kriminellen Banden und Drogenhändlergruppen. Außerdem muss man hervorheben, dass sogar die Defensoría del Pueblo zugibt, dass „(...) dazu kommen noch die Interessen von Eliten und mächtigen regionalen Gruppen (...) Die Hauptstrategie dieser Elitegruppen ist bisher die Stigmatisierung von sozialen und politischen Bewegungen als Handlanger der Guerilla und vor allem auch ihr bewaffneter Kampf gegen linksorientierte politische Bewegungen“.[\(19\)](#) Diese Verlängerung des Konflikts führt auch weiterhin zu Fluchtbewegungen der Bevölkerung, sei es innerhalb der Städte, vom Land in die Städte oder im ländlichen Bereich.

„Kolumbien soll kein zweites Venezuela werden“

Jedoch gibt es nicht nur inländische Fluchtbewegungen aufgrund des internen Konfliktes, sondern es gibt auch Zuwanderung, vor allem aus Venezuela. Im August 2017 hielten sich 153.000 Venezolaner*innen illegal in Kolumbien auf, im Dezember 2017 waren es insgesamt, legal und illegal, 550.000. Obwohl es keine offiziellen Angaben zur Anzahl der Flüchtlinge gibt, existieren Fälle von illegalen Flüchtlingscamps, gewaltsamen Vertreibungen und Angriffen auf die venezolanischen Flüchtlinge.[\(20,21,22,23\)](#) Obwohl die Situation keineswegs neu ist, nutzen einige Parteien und religiöse Bewegungen das Thema der Migration aus Venezuela zu ihren Gunsten im Wahlkampf, ähnlich den Diskursen Donald Trumps. So wurde der Slogan „Kolumbien soll kein zweites Venezuela werden“ populärisiert und für die Stigmatisierung von linken Bewegungen und für die Medienkampagne gegen das Friedensabkommen benutzt. Die Venezolaner*innen fliehen vor allem wegen des Mangels an Lebensmitteln.[\(24\)](#) Und sie tun dies, obwohl sie in ein Land migrieren, wo laut Berichten von OXFAM und den Vereinten Nationen die soziale Ungleichheit größer ist als in ihrer Heimat.[\(25,26\)](#)

Kolumbien zwischen Strafflosigkeit und Gerechtigkeit

Weitere wichtige Themen im Jahr 2017 waren Drogenhandel, Gewalt und Strafflosigkeit. Zum einen existiert in Kolumbien nach wie vor das Problem des illegalen Drogenhandels. Unter dessen Folgen leiden vor allem weiterhin die Bauern und indigenen Gemeinden, die Kokablätter oder Marihuana anbauen. Diese Gemeinden haben es noch nicht geschafft, ihr Land auf den Anbau alternativer Produkte umzustellen, sei es aufgrund des Drucks illegaler Gruppen oder weil die Lösungsvorschläge des Staates nicht ausreichen, um ihre Lebenshaltungskosten zu decken. Zum anderen ist zwar die durchschnittliche Mordrate mit 24 Morden pro 100.000 Einwohnern heute wieder so niedrig wie vor 40 Jahren und nur die Anzahl der Morde an einflussreichen Persönlichkeiten gestiegen.[\(27,28\)](#) Allerdings umfasst das Thema Gewalt nicht nur Morde. Es gibt weiterhin Gewalt gegen Frauen und den Bemühungen, diese zu bekämpfen, stellen sich vor allem einige religiöse Gruppen entgegen. Was die Strafflosigkeit anbelangt, gab es sowohl positive als auch negative Fälle. Ein negatives Beispiel ist der Fall der Friedensgemeinde Comunidad de Paz de San José de Apartadó im Golf von Urabá. Dort wurden am 30. Dezember zwei Personen, die den gesetzlichen Vertreter der Gemeinschaft umbringen wollten, der Staatsanwaltschaft übergeben.[\(29\)](#) Allerdings ordnete der Richter an, sie aufgrund von „Fehlern im Festnahmeprozess“ freizulassen. Obwohl die zwei anfangs Festgenommenen ihre Absicht zugaben, den Gemeindeführer ermorden zu wollen, legten die regionalen Autoritäten den Fall beiseite. Zur positiven Entwicklung zählt, dass nun die verantwortlichen Soldaten und Offiziere im Fall der als falsos positivos bekannten extralegalen Hinrichtungen zur Rechenschaft gezogen werden, darauf hatte das Land seit langem gewartet. Einigen der Beteiligten wurden Gefängnisstrafen von bis zu 46 Jahren auferlegt.[\(30\)](#) Der Mord an den Jugendlichen wurde fälschlicherweise so dargestellt, als wären sie Kämpfer*innen der Guerilla gewesen, die im Kampf umgekommen waren.

Umwelt: Das Volk hat das letzte Wort - oder doch nicht?

Kolumbien ist dabei, sich als Exportland im Bergbau zu positionieren. Das erhöht die Umweltrisiken im Land drastisch. Daher versuchen die lokalen Gemeinden, sich mehr Mitspracherecht zu verschaffen, vor allem mithilfe von Volksabstimmungen. 2017 gab es erfolgreiche Fälle, wie etwa in der Gemeinde Cajamarca, Tolima, wo die Bewohner*innen es schafften, das Projekt der Goldgewinnung La Colosa des Unternehmens AngloGold Ashanti[\(31\)](#) zu stoppen. Dieses Projekt hätte ein so großes Potenzial zur Goldgewinnung, dass es zur größten

Goldmine Südamerikas werden könnte. 97,9% der Bevölkerung stimmten aber gegen die Goldmine. Andererseits gab es auch Fälle, in denen die Volksabstimmungen durch lokale oder regionale Regierungen aus unterschiedlichen Gründen verschoben oder gestoppt wurden.⁽³²⁾ Ein anderes Beispiel war der Kampf um den Erhalt der Moorlandschaften Kolumbiens, um diese vor der Nutzung für Bergbauprojekte zu schützen, wie im Fall von Santurbán. Fatale Umweltfolgen haben aber auch die starke Abholzung, die Angriffe der ELN auf Ölnfrastrukturen und der Bau von großen Wasserkraftwerken, wie zum Beispiel das Projekt Hidrosogamoso.^(33,34,35) Ein weiteres Thema 2017 waren die Entscheidungen des Verfassungsgerichts zum Recht auf Trinkwasser und zum Tierschutz.

Zum Abschluss: „Sklaven“ des Friedens

Im Oktober 2017 war Papst Franziskus auf Kolumbien-Reise. Er wendete sich mit einer Botschaft von Versöhnung und Frieden an das kolumbianische Volk und forderte in seinen Ansprachen die Kolumbianer*innen auch dazu auf, sich „für immer zu Sklaven des Friedens“ zu machen⁽³⁶⁾. Was hat er damit gemeint?

2018 - Wahlen, Umsetzung des Friedensabkommens und Gerechtigkeit

Das Jahr 2018 wird geprägt sein vom Friedensprozess mit der ELN-Guerilla, der im Moment aufgrund von neuen Angriffen und Attentaten durch die Guerilla im Januar unterbrochen ist. Die Guerilla-Bewegung äußert in ihren Mitteilungen ihre Besorgnis und rechtfertigt die Angriffe mit der Unterdrückung der Gemeinden durch das kolumbianische Militär, sogar während des Waffenstillstands im Dezember. Außerdem prangert sie die Nichteinhaltung von Abmachungen aus dem Friedensprozess mit den FARC an⁽³⁷⁾. Ferner wird der Beginn von Verhandlungen mit kriminellen Banden und Drogenhändlern erwartet, wie zum Beispiel mit der Gruppe Oficina de Envigado oder paramilitärischen Gruppen wie den AGC.

Leider interessiert sich ein Großteil der Kolumbianer*innen nicht dafür, was Tag für Tag in der Politik vor sich geht. Noch weniger sind sie daran interessiert, aktiv daran teilzunehmen. Viele haben einfach Angst, ihre Meinung zu äußern. In den letzten 60 Jahren wurden viele Menschen, die sich für alternative Ideen einsetzten, ermordet. Das wird in den nächsten Jahren eine große Herausforderung darstellen: die Bürgerbeteiligung zu erhöhen, ohne dass es zu Gewalt kommt. Die Agenda 2018 wird eng mit den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen verknüpft sein. Die Wahlen werden nicht nur dazu gut sein, politische Machtstellungen zu klären, sondern vor allem auch die Zukunft der Friedensabkommen sowohl mit den FARC als auch mit der ELN bestimmen. Vom Ausgang der Wahlen werden auch entscheidende Themen zur Nachhaltigkeit, wie die Entwicklung von Bergbau und Energiegewinnung, die aufgeschobenen Volksabstimmungen, das humanitäre Minenräumen, Antikorruptions-Kampagnen und Prozesse gegen die Straffreiheit abhängen. Vielleicht kann eine größere Bürger*innenbeteiligung den Grundstein für ein Leben nach dem Konflikt legen, für neue Bildungs-, Wirtschafts- und Politikmodelle.

Fußnoten

(1,2,3) bit.ly/2BDa2BA, bit.ly/2sGQv0c und bit.ly/2sEXgQi

(4) KROC Institute for International Peace Studies, 2017. Informe Sobre El Estado Efectivo De Implementación Del Acuerdo De Paz En Colombia

(5,6) bit.ly/2mXa6W6 und bit.ly/2GqFG4q

(7) bit.ly/2sDRSNl

(8) Congreso de la República de Colombia. Ley 1776 de 2016 - Ley ZIDRES

(9,10,11) bit.ly/2CvmBvK, bit.ly/2C8z2BN und bit.ly/2BDbx2B

(12) Defensoría del Pueblo, Colombia. Informe De Riesgo N° 010-17 A.I. 30 de marzo de 2017

(13,14,15,16) bit.ly/2Ht2DFz, bit.ly/2ERlief, bit.ly/2CxjALe und bit.ly/2EC8iew

(17,18) bit.ly/2oaLUPo und bit.ly/2y7eUxF

(19) Defensoría del Pueblo, Colombia. Informe De Riesgo N° 010-17 A.I. 30 de marzo de 2017

(20,21,22,23) bit.ly/2FeNsPE, bit.ly/2oizhAR, bit.ly/2Cwtfl8 und bit.ly/2CvysK9

(24) youtube.com/watch?v=FU6i0utRIXU

(25,26) bit.ly/2FgynwI und bit.ly/2nezpIj

(27,28) nyti.ms/2ERTcFK und bit.ly/2EToVC4

(29) youtu.be/ln16gDxkOxc

(30) bit.ly/2sDWcMz

(31) bit.ly/2sEz54y

(32) bit.ly/2EOOPqg und bit.ly/2C972OB

(33,34,35) bit.ly/2zCV49Z, bit.ly/2poES8G und bit.ly/2EDwZn5

(36) Discursos y homilías que pronunció S.S. Francisco en su viaje apostólico a Colombia. Septiembre 2017

(37) bbc.in/2C4UOGN

Aktivitäten des AK Kolumbien

Im vergangenen Jahr lag der Fokus von unserem Arbeitskreis Kolumbien vor allem auf der Umsetzung des Friedensabkommens und auf den Problemen der indigenen Gemeinden. Unser Hauptziel war es, die Lebensrealität dieser Gemeinden kennenzulernen und Alternativen zu suchen, wie wir uns mit ihnen solidarisieren und ihre Arbeit unterstützen können. Auch wenn nur wenige Aktivitäten stattfanden, haben wir es doch geschafft, sowohl mit Aktionen im öffentlichen Raum als auch mit Events ein neues Publikum zu erreichen. Insgesamt konnten wir ungefähr 740 Personen durch die Verteilung von Flyern im öffentlichen Raum, durch Veranstaltungen, die wir in München organisiert haben, und durch die Teilnahme als Redner an einem Event in Stuttgart auf unsere Anliegen aufmerksam machen. Der Großteil der Teilnehmer*innen war zum ersten Mal bei unseren Aktivitäten. Um das zu erreichen, hatten wir immer eine Mischung von Information, Kultur und Musik im Hinterkopf sowie die Nutzung von neuen Räumen in verschiedenen Teilen der Stadt. Außerdem möchten wir hier hervorheben, wie wichtig es war, dass wir neue Partnerschaften schaffen und einige schon existierende festigen konnten.

Indigene Gemeinschaften

Am 12. Mai diskutierte der AK Kolumbien die aktuelle Situation der indigenen Gemeinden an der Grenze zwischen Ecuador und Kolumbien. Dort leiden die Gemeinden seit vielen Jahren unter den Folgen der Ölpest des Unternehmens Texaco, das heute Chevron heißt. Bei diesem Treffen entstand die Idee, die Kampagne #DiaAntichevron zu unterstützen, die jährlich am 21. Mai stattfindet. So waren wir dann am 20. und 21. Mai mit einer Info-Aktion auf dem Street Life Festival in München aktiv. Wir verteilten an den Ständen von Casa Latinoamerica e.V. und Nord Süd Forum e.V. Flyer mit Informationen über diese Naturkatastrophe im Amazonasgebiet. 500 Flyer wurden an diesen zwei Tagen verteilt. Parallel dazu waren wir auch an dem Stand der Kampagne Raus-aus-der-Steinkohle vertreten. Dort organisierten wir eine Fotoausstellung, die die Lebensrealität der Wayuu-Gemeinden im Norden Kolumbiens zeigte, wo sich das Kohlebergwerk El Cerrejón befindet.

Wir blieben bei dem Thema der indigenen Gemeinden und luden am 30. Juni zwei Stammesvertreterinnen ein, um ihre Lebensphilosophie, ihre Probleme und ihre Sichtweise zur Entwicklung kennenzulernen. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem Nord Süd Forum, mit der Kampagne Raus-aus-der-Steinkohle, mit dem Casa Latinoamerica e.V. sowie mit dem BUKO-Kollektiv (Bundeskongress für Internationalismus) und mit Aluna Minga e.V. durchgeführt. An diesem Tag begleiteten uns Jakeline Romero Epiayu als Repräsentantin des Kollektivs Fuerza de Mujeres Wuayúu (Wayuu-Frauenkollektiv) und Teresita Lopez Antazú als Repräsentantin der Yanasha-Gemeinde in Peru. Jakeline war Teil einer Tour, die vom BUKO-Kollektiv als Teil der Kampagne „Paremos La Mina! - Besser leben ohne Kohle“ organisiert wurde. Jakeline und Teresita ließen uns an den Visionen und Sichtweisen ihrer Gemeinden teilhaben, erzählten uns ein wenig über ihre Kulturen und über El Buen Vivir – das gute Leben. Was uns leider am stärksten im Gedächtnis blieb, ist die Situation aus Drohungen, Wasserknappheit und Vertreibung, die die Wayuu-Gemeinden wegen der Bergbauprojekte in den Regionen erleben, in denen sie seit langem traditionell leben. Beide Gäste hoben hervor, wie wichtig es sei, die Umwelt zu schützen und der Natur und den Menschen mehr Aufmerksamkeit zu widmen als der Gewinnung von Ressourcen, um so den zukünftigen Generationen einen Ort zum Leben zu hinterlassen.

Eine weitere Veranstaltung zum Thema der indigenen Gemeinden fand am 31. Oktober in erneuter Zusammenarbeit mit dem Verein Aluna Minga statt. Bei dieser Veranstaltung wurde der Film Quintín Lame, Raíz de los Pueblos von Pedro Pablo Tattay gezeigt, in dem es um die Verteidigung der Länder und der Rechte der indigenen Gemeinden in Kolumbien geht. Der Film weist besonders auf die mehr als hundert Jahre Vertreibung, Unterwerfung und Völkermord an den indigenen Gemeinden hin, die diese aufgrund von Landbesitzern erleiden, die das Land für industrielle Zwecke nutzen wollen. Nach dem Film hatten wir erneut die Gelegenheit, einen indigenen Vertreter zu hören, dieses Mal Leandro Janamejoy aus der selbstverwalteten indigenen Gemeinde Inga. Die Geschichte der Inga-

Gemeinde in Aponte im Bundesstadt Nariño im Süden des Landes ist, wie die aller anderen indigenen Gemeinschaften in Kolumbien auch, geprägt von einer langen Tradition des Kämpfens und des Widerstandes gegen bewaffnete Akteure des Zivilkonfliktes und gegen die Unterdrückung durch Regierung und wirtschaftliche Eliten. Die indigenen Gemeinden kämpfen für das Recht, ihre Gebiete unabhängig regieren zu dürfen, ihre eigene Bildungs- und Entwicklungspolitik entwickeln zu dürfen und für das Recht, ihre Sprache und Kultur erhalten zu können. Leandro zeigte uns ein gutes Beispiel für Selbstverwaltung in Übereinstimmung mit der Natur und dafür, wie die Gemeinde in den Dialog mit den bewaffneten Akteuren tritt, um ihre Gebiete zu verteidigen.

Das Thema der indigenen und bäuerlichen Gemeinden schlossen wir dann mit einer weiteren Filmprojektion ab, dieses Mal in Zusammenarbeit mit pbi (peace brigades international) - Deutscher Zweig e.V. und Aluna Minga. Der Film Chocolate de Paz von Gwen Burnyeat und Pablo Mejía Trujillo, in dem es um das Leben der Friedensgemeinde Comunidad de Paz de San José de Apartadó geht, zeigt, dass es möglich ist, einen solidarischen Lebensstil zu entwickeln, der auf Gewaltfreiheit basiert. Bedauerlicherweise lebt diese Gemeinde immer noch unter dem Druck und den Drohungen von paramilitärischen Gruppen, sei es, weil es in ihren Gebieten Mineralvorkommen gibt oder weil sie sich auf den Routen des Drogenhandels befinden. Die Friedensgemeinschaft San José de Apartadó feierte letztes Jahr ihr 20-jähriges Bestehen.

Friedensabkommen

Was den Friedensprozess angeht, haben wir vom 3. bis 5. Mai aktiv am internationalen Symposium Kolumbien: Historisches Gedächtnis, Postkonflikt und Transmigration in Frankfurt teilgenommen. Dort konnten wir Menschen kennenlernen, die sich für unsere Arbeit interessieren und mögliche Partner für künftige Aktionen sind. Außerdem wurde die Idee geboren, auch in München solch ein Symposium durchzuführen.

Ferner nahm unser Mitarbeiter Alejandro Pacheco-Zapata an der Seite von Barbara Unger von der Berghof Stiftung und Christiane Schulz, Menschenrechtsexpertin und -beraterin, an einer öffentlichen Podiumsdiskussion über die Fortschritte des Friedensprozesses mit den FARC teil. Die Veranstaltung fand am 5. Oktober in Stuttgart statt und wurde von der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit Baden-Württemberg organisiert. Die wichtigsten Punkte, die bei diesem Treffen besprochen wurden, sind in unserem Kolumbienbericht detailliert aufgeführt.

Fortsetzung der Kolumbien-Arbeit

Ein Hauptziel für 2018 ist die Stärkung des Münchner Arbeitskreises für Menschenrechte in Kolumbien in Zusammenarbeit mit Aluna Minga. Wir hoffen, dieses Jahr eine Arbeitsstelle für einen Kolumbienreferenten oder eine Kolumbienreferentin kreieren zu können, um uns noch intensiver mit diesem Land zu beschäftigen. Eine der wichtigsten Aufgaben wird es sein, eine Arbeitsmethode festzulegen, die es uns ermöglicht, dringende Aktionen zu unterstützen, die sich für den Schutz von Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger*innen einsetzen. Außerdem möchten wir unsere Zusammenarbeit mit den indigenen Gemeinden weiterführen, da diese für uns den Kampf für den Erhalt ihrer Gebiete, den Respekt für Volksabstimmungen und den Respekt vor der Natur verkörpert. Daher werden wir vor allem mit unseren Kampagnen gegen die Steinkohle weitermachen und die Schadensbehebung an den Grenzgebieten zu Ecuador fordern. Wir freuen uns auf neue Mitwirkende und Unterstützer*innen.

[Zurück](#)